



Landtagswahl 2021

Die Polizei hat die Wahl

Am 14. März 2021 finden die Wahlen für den Landtag in Baden-Württemberg statt. Von 8 bis 18 Uhr kann man seine Stimme in lokalen Wahlräumen abgeben oder per Briefwahl wählen. Gewählt werden mindestens 120 Abgeordnete. Die sogenannten Kreiswahlausschüsse haben in den 70 Wahlkreisen Wahlvorschläge von 21 Parteien zur Landtagswahl zugelassen.

Aus Sicht der Wählerinnen und Wähler ist die Landtagswahl recht einfach. Es wird nur eine Stimme vergeben. Schwierig wird es erst nach der Auszählung, wenn die Mandate in einer Mischung aus Persönlichkeits- und Verhältniswahl verteilt werden. Die Sitzverteilung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, wobei auch Überhang- und Ausgleichsmandate vergeben werden. Seit der Wahl 2011 wird die Anzahl der Sitze nach dem Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers berechnet.

Inhalt

- 2 CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann
- 4 FDP-Spitzenkandidat Dr. Hans Ulrich Rülke
- 5 Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2021
- 6 SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch
- 8 Seminarhinweis Ruhestand
- 8 Wahlprüfsteine des Beamtensyndikats

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Die Wahl bestimmt unsere Zukunft

Mit der Landtagswahl entscheiden WIR über die politische Führung und Zukunft der nächsten fünf Jahre und damit über unsere persönliche Zukunft und die unserer Angehörigen.

© DPoIG BW



Landtagswahl

14
März
2021

...rigen. Kann ich befördert werden? Bekomme ich im Ruhestand mehr Geld, wenn die aktiven Kolleginnen und Kollegen auch mehr bekommen? Wann kann/darf oder muss ich in den Ruhestand eintreten? Wie hoch ist der Beihilfesatz und welche Krankenkosten werden von der Freien Heilfürsorge übernommen? Wird mehr Personal eingestellt und wenn ja, wann? Erhalten wir mehr und neueste Technik? Wann wird mein Revier renoviert? Wie hoch ist die Wochenarbeitszeit? Wann erfolgt Entlastung im Dienst? Habe ich als Tarifbeschäftigter Zukunftsperspektiven? Werden neue Tarifstellen geschaffen, auf die ich mich bewerben kann? Und natürlich kommen auch die allgemeinen Lebens-

umstände hinzu, die von der Landesregierung und dem Landtag beeinflusst werden. Beispielsweise in der Sozialpolitik – zum Beispiel mit Corona-Regeln, Impfstoff, Wertschätzung der Beschäftigten im Gesundheitswesen, Krankenhausplätze.

Die Wahl wird knapp

Einen kleinen Ausblick auf den möglichen Wahlausgang geben die Umfragen zur Landtagswahl. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses führen die Grünen, gefolgt von der CDU. Die SPD kommt unter 10 Prozent und die FDP könnte darüber liegen, ebenso die AfD, die Linken scheitern an der 5-Prozent-Hürde. Vor wenigen Wochen konnte man von den Grünen hören, dass man an einer Koalition mit der SPD und FDP interessiert sei. Mit einem Regierungswechsel darf man wohl dann rechnen, wenn die CDU so gut abschneidet, dass auch andere Koalitionen denkbar sind. Zur Wahl dürfte demnach Grün/Schwarz, Grüne/SPD/FDP und CDU plus X stehen.



> Daniel Jungwirth

Wir haben die (Aus-)Wahl

In den Wahlprogrammen finden wir die Parteien in „Reinkultur“. Was dort steht, wird Richtschnur sein – je mehr Stimmen die jeweilige Partei erhält, desto mehr darf man aus dem Wahlprogramm erwarten. Wir drücken deshalb in der heutigen (Wahl-)Ausgabe die Aussagen der Parteien zur inneren Sicherheit ab. Weil: Wählen heißt auswählen. Was aber auch heißt, dass man mit dem Ergebnis fünf Jahre leben muss/darf, was am Wahlabend entschieden wird.

Bei dem knappen Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002 zählte tatsächlich jede Stimme. Erst Wochen nach der Wahl stand fest, wie gering der Abstand zwischen den beiden großen Parteien war. Mit nur 6 027 Stimmen Vorsprung war die SPD die stärkste Partei vor der Union geworden. Deshalb – jede Stimme zählt!

Bitte nehmen Sie an der Wahl teil und nutzen Sie Ihr Wahlrecht.

Ihr/Euer

Daniel Jungwirth,
stellvertretender
Landesvorsitzender



CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann:

Erst erfolgt die wichtige personelle Verstärkung der Polizeibasis mit 900 PVD-Stellen

Der Abbau des Bewertungsüberhangs (Beförderungen im gehobenen Dienst) steht auf der Agenda.

Am Mittwoch, den 10. Februar 2021, haben sich die CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann und der Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, zu einem Austausch über Themen der inneren Sicherheit getroffen. Frau Ministerin Eisenmann räumte dabei strittige Themen aus dem Weg und kann sich somit die wichtige Zustimmung der mit Abstand größten Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg zum CDU-Wahlprogramm sichern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte Kritik gegen eine Schaffung von Einsatzzügen in den Polizeipräsidien geübt, weil man zunächst eine wichtige personelle Verstärkung in den Streifen- und Ermittlungsdiensten sowie in der Kriminalpolizei benötigt. Frau Eisenmann sagte hierzu: „Es ergibt Sinn, dass wir jetzt zunächst einmal die 900 zusätzlichen Stellen zur Verstärkung dieser Bereiche bringen. Das stärkt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort

und entlastet die Beamtinnen und Beamten.“

Ebenso versicherte sie, dass sie zu dem Wort des Innenministers gegenüber der Deutschen Polizeigewerkschaft stehe und die damit verbundenen Beförderungen im gehobenen Polizeivollzugsdienst ebenso angehen werde. Innenminister Strobl hatte der Deutschen Polizeigewerkschaft zugesagt, dass er den Abbau von sogenannten Bewertungsüberhängen anstrebt.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft wurden mit der Konkretisierung durch die CDU-Spitzenkandidatin wichtige Stolpersteine aus dem Weg geräumt. Dazu der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer: „Das Wahlprogramm der CDU ist gespickt von Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft. Das ist gut so. Sollte die CDU mitregieren, ist das eine gute Ausgangsbasis.“

Einigkeit herrschte bei einer Vielzahl von sicherheitspoliti-



> Ralf Kusterer und Susanne Eisenmann (von links)

schen Themen, etwa bei zentralen Kriminalitätsfeldern wie der Cyber- und der Gewaltkriminalität. Frau Eisenmann sagte dazu: „Ohne Sicherheit können wir nicht in Freiheit leben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg ist gut, aber wir dürfen uns nicht ausruhen. Und gerade deshalb brauchen wir mehr Personal, mehr Polizei auf der Straße, aber auch mehr Polizei in den Ermittlungsdiensten und bei der Kriminalpolizei. Wir können täglich froh und sehr dankbar sein, dass wir so engagierte Polizeibeschäftigte haben, die mit unglaublichem Einsatz für unsere Sicherheit arbeiten und ihren Kopf hinhalten.“

Als Kultusministerin dankte Frau Eisenmann stellvertretend dem DPoIG-Landesvorsitzenden, der zugleich auch der oberste Personalratsvorsitzende der Polizei ist, für die tolle Unterstützung der Polizei an den Schulen – etwa bei der Prävention im Unterricht oder in der Verkehrserziehung. Dabei werde nicht nur ein wertvoller schulischer Beitrag geleistet, sondern der Kontakt der Polizei zu Schülerinnen und Schülern und zu den Lehrkräften ermöglicht und Berührungsängste abgebaut. Dabei ist nach Auffassung der Kultusministerin der verkehrsbildende Ansatz beispielsweise bei der Fahrrad-ausbildung die beste Verhinderungsmaßnahme von Verkehrsunfällen mit Kindern. ■

NEUE IDEEN FÜR EINE NEUE ZEIT

Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

SICHERHEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Sicherheit der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger steht für uns an erster Stelle. Wir wollen einen

starken Staat, der seine Bürger schützt. Einen Rechtsstaat, dessen Regeln akzeptiert und durchgesetzt werden. Wir sind deswegen stolz darauf, dass es uns seit 2016 gelungen ist, unsere Polizei und Justiz in geradezu historischem Ausmaß zu stärken und zu modernisieren. Es kommt eben doch darauf an, wer für die Sicherheit im Land zuständig ist. Und es macht einen Unterschied, ob Polizei und Justiz die Rückendeckung der Politik haben oder dauerndem Misstrauen ausgesetzt sind. Wir vertrauen unseren Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen! Den pauschalen Rassismuskritiken gegenüber unserer Polizei treten wir klar entgegen – diese politische Diskussion schwächt



unsere Polizei. Unsere Politik für mehr Sicherheit und einen starken Rechtsstaat wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzen. Dafür braucht es gut ausgebildete und hoch motivierte Beschäftigte in den Sicherheitsbehörden und der Justiz. Es braucht einen guten Mix aus präventiven und repressiven Maßnahmen. Es braucht die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen, um Strafverfolgung zu erleichtern und die Opfer, anstatt die Täter zu schützen. Und es braucht das engagierte Eintreten für unsere Werte und unser Rechtssystem. Denn das Vertrauen in den Rechtsstaat ist das Fundament unserer Demokratie und Gesellschaft.

EINSTELLUNGSOFFENSIVE FORTFÜHREN – BIS ZU 1 400 NEUE POLIZISTEN JÄHRLICH

Nie zuvor hat eine Landesregierung so viele neue Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet wie diese. Als CDU haben wir dafür gesorgt, die Versäumnisse der grün-roten Vorgängerregierung aufzuarbeiten. Wir werden diesen Weg fortsetzen und die von uns ausgebauten Ausbildungskapazitäten auch künftig nutzen: Ein Ausbildungs- und Einstellungskorridor von bis zu 1 400 neu auszubildenden Polizeibeamtinnen und -beamten jährlich – das ist unser Ziel für mehr Polizeipräsenz und damit noch mehr Sicherheit. Nach erfolgreicher Ausbildung werden wir alle diese neu ausgebildeten jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Landesdienst übernehmen. So werden dann bis 2030 über 3 000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen geschaffen. Denn nur mit mehr Beamtinnen und Beamten kann sich Baden-Württemberg im Ranking der Polizeidichte signifikant verbessern. Hiervon werden Brennpunkte und der ländliche Bereich gleichermaßen profitieren. Neben der Stärkung der Bereitschaftspolizei ist unser mittelfristiges Ziel, jedes Polizeipräsidium mit einem eigenen Einsatzzug auszustatten, um brennpunktorientiert noch flexibler agieren zu können. Gleichzeitig stärken wir auch die unterstützenden Bereiche der Polizei – mit zusätzlich 250 Digitalexperten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten. Für die Beschäftigten im Vollzug und Nichtvollzug brauchen wir zudem Entwicklungsperspektiven. Wir werden daher weitere Stellenhebungen vornehmen, um so den Aufstiegsstau in den gehobenen Dienst abzubauen. Dazu werden wir auch die psychologische Betreuung und Unterstützung der mit belastenden Einsätzen sowie Ermittlungsverfahren betrauten Beschäftigten verbessern. Die Zulage für den lagerorientierten Dienst werden wir zudem deutlich anheben. Zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr setzen wir uns für eine Freifahrtregelung für Angehörige der Kriminalpolizei ein. Ergänzend setzen wir uns für eine Intensivierung der Kommunalen Ordnungsdienste einschließlich deren zentraler Ausbildung sowie für die Beibehaltung des Freiwilligen Polizeidienstes als Ausdruck gelebten Bürgersinns in der inneren Sicherheit ein.

POLIZEI 4.0 – 200 MILLIONEN EURO FÜR FORTSCHRITTLICHE TECHNIK

Als CDU wollen wir eine Polizei auf der Höhe der Zeit – fortschrittlich und digital. Den Einsatz künstlicher Intelligenz, etwa bei der Auswertung von Big Data, werden wir daher ausweiten, ebenso die intelligente Videoüberwachung. Der Einsatz moderner Fahndungsinstrumente wie beispielsweise automatische Kennzeichenlesesysteme, Dashcams und Drohnen wollen wir ebenso forcieren wie den Einsatz mobiler IT im Streifenwa-

CDU

gen und die ausreichende Ausstattung mit Smartphones und Laptops. Daneben werden wir den weitergehenden Einsatz von Elektroimpulsgeräten (Taser) prüfen. Hierzu werden wir das Budget für den Technikeinsatz um 200 Millionen Euro massiv erhöhen. Das Erfolgsmodell Bodycam rollen wir flächendeckend im ganzen Land – und auch bei den Polizeiposten – aus. Mit einem Bau- und Sanierungsprogramm für die polizeilichen Liegenschaften werden wir zudem dafür sorgen, dass unsere Polizei in einer professionellen und modernen Umgebung ihrem Dienst nachgehen kann. Dies schließt die vollumfängliche Umsetzung der Ergebnisse der Evaluation der Polizeistrukturreform ein. Für die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg werden wir ein spezielles Digitalisierungsprogramm auflegen, um den Einsatz moderner Lehr- und Lernmethoden bei der Polizei zu forcieren.

STRAFTATEN VERHINDERN – RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNG VERBESSERN

Moderne Ermittlungsarbeit braucht moderne Ermittlungsinstrumente und zeitgemäße rechtliche Befugnisse. Datenschutz darf kein Täterschutz sein. In einer Welt, in der verschlüsselte Messenger-Dienste wie „Whatsapp“ zunehmend Telefon und SMS ersetzen, braucht es die Möglichkeit, digitale Endgeräte nach gespeicherten Daten rechtssicher und online zu durchsuchen. In begründeten Einzelfällen wollen wir zudem eine erweiterte DNA-Analyse ermöglichen, um damit Erkenntnisse zum äußeren Erscheinungsbild sowie zur biogeografischen Herkunft der Täter zu gewinnen. Wir wollen darüber hinaus den polizeilichen Gewahrsam von Gefährdungen erweitern, um drohende Anschläge wirksam verhindern zu können. Im Hinblick auf das organisierte Verbrechen und die Clankriminalität wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einziehung von Vermögen aus kriminellen Geschäften verbessern. Für die Bekämpfung der Schwerekriminalität sowie zur schnellen Intervention bei Amok- und Terrorlagen im badischen Landesteil werden wir einen zweiten Standort unseres Spezialeinsatzkommandos in Bruchsal aufbauen. Die Zusammenarbeit mit den Behörden unserer Nachbarländer werden wir ausbauen. Durch einen definierten Grenzkorridor in den Grenzgebieten zu Frankreich, Schweiz und Österreich wollen wir polizeiliche Kontrollmaßnahmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration über die „grüne Grenze“ erleichtern. Zudem werden wir Straftaten mit Messern konsequent entgegengetreten. Wir wollen deshalb eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, durch die der Einsatz eines Messers bei einer Körperverletzung stets mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsentzug geahndet wird. Daneben werden wir eine niederschwellige gesetzliche Möglichkeit für kommunale Waffenverbotszonen in den Städten und Gemeinden schaffen.

FDP-Spitzenkandidat Dr. Hans Ulrich Rülke: „Keine Freiheit ohne Sicherheit“

Mitte Januar 2021 trafen sich die Innenpolitiker der Landtagsfraktion der FDP/DVP im Livechat mit dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer. Kusterer und der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat Dr. Hans Ulrich Rülke eint die gemeinsame Heimatstadt Pforzheim, die Innenpolitiker der FDP mit den Mandatsträgern der DPoIG eine enge Zusammenarbeit in den sicherheitspolitischen Themen.

Dabei mag es „Auf's“ wie die Ablehnung der Cybersicherheitsagentur und „Ab's“ wie im Bereich des Polizeigesetzes geben. Aber es stand stets die sachliche und fachliche Diskussion im Mittelpunkt. Im Ringen um die besten Lösungen zur inneren Sicherheit und für die Polizei hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende im vergangenen Jahr auf Bitte des DPoIG-Landesvorsitzenden einen Vorstoß unternommen, um noch vor den Landtagswahlen eine Einigung für

einen Einstellungskorridor zu bekommen. Vermutlich war es das Pech einer Oppositionsfraktion und aus Sicht der Regierungsfaktionen einfach die falsche Fraktion, die das, was die anderen in den Wahlprogrammen schreiben, vorher umsetzt.

In den vergangenen Jahren konnte man wenig Dissens ausmachen, vielleicht war es auch nur das Polizeigesetz. Inhaltlich war man sich aber in der Regel einig. Der Polizeisprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Prof. Ulrich Goll, hatte bereits in seiner Amtszeit als Justizminister enge Verbindungen zur DPoIG und zur DPoIG-Stiftung aufgenommen. Jährlich unterstützte er mit einer großzügigen Spende die DPoIG-Stiftung, die er auch in Bayern besucht hatte.

Dabei ist es dem wortgewaltigen Spitzenkandidaten Rülke wichtig zu betonen, dass er und seine Fraktion nicht nur



> Ralf Kusterer und Dr. Hans Ulrich Rülke (von links)

eben sagen, dass sie hinter der Polizei und den Polizeibeschäftigten stehen. Das soll auch weiterhin so sein.

Im Livechat machten die FDP-Innenpolitiker nochmals deutlich, dass für sie die Personalverstärkung oberste Maxime

ist. Bildung und Technik neu und besser aufzustellen, ist ihnen ein Anliegen. Bei allen sicherheitspolitischen Themen setzen die FDP-Abgeordneten weiterhin auf die Beratung und Diskussion mit der Deutschen Polizeigewerkschaft – auch nach der Landtagswahl. ■

Landtagswahlprogramm der FDP Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

beschlossen auf dem Außerordentlichen Landesparteitag am 18. Juli 2020 in Karlsruhe

R3) Polizei und innere Sicherheit

Baden-Württemberg braucht eine starke und gut ausgestattete Polizei, die ein wichtiger Garant für die Freiheit und die Sicherheit der Menschen im Land ist. Der Polizeidienst muss attraktiv gestaltet werden, indem das Land gute Arbeitsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten schafft, Wertschätzung für die Polizeiarbeit vermittelt und deutlich macht, dass Beleidigungen und tätliche Übergriffe auf Polizeibeamte in keiner Weise toleriert werden.

Die Herausforderungen an die Polizei sind vielfältiger als in der Vergangenheit: Neben die Bekämpfung der Alltagskriminalität treten komplexer werdende Formen organisierter Gewalt- und Wirtschaftskriminalität sowie Kriminalität im Internet. Wir erwarten, dass in diesen Bereichen das Recht konsequent durchgesetzt wird, um einerseits die Menschen vor Schaden zu bewahren, andererseits, um das notwendige Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Organe zu stärken.

Dazu kommen neue Herausforderungen durch gewalttätigen Extremismus. Wir Freie Demokraten wenden uns gegen politischen Extremismus von rechts und links ebenso wie gegen religiös motivierten Extremismus, der vor Gewalttaten nicht zurückschreckt. Konsequenter Verfolgungsdruck durch die Polizei und frühzeitige Beobachtung extremistischer Aktivitäten durch einen leistungsfähigen Verfassungsschutz sind die notwendigen Reaktionen eines freiheitlichen Rechtsstaats auf diese Entwicklungen.



Wir werden

- > die personellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften zur effektiveren Bekämpfung organisierter Kriminalität schaffen. Dazu wollen wir in Zusammenarbeit mit Ermittlungsbehörden der anderen Bundesländer eine gemeinsame bundeseinheitliche Strategie entwickeln.
- > 200 zusätzliche Stellen bei der Landespolizei zur Bekämpfung der Cyberkriminalität schaffen.
- > digitale Technik für eine effizientere Polizeiarbeit einsetzen. Sie erleichtert die Bearbeitung von Verkehrsunfällen und die Bewältigung der Alltagskriminalität.
- > die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden stärken, um politisch oder religiös motivierten gewalttätigen Extremismus frühzeitig und effizient bekämpfen zu können. Zusätzlich muss eine Fortbildungsoffensive bei der Polizei stattfinden. Beamte müssen in der Lage sein, Codes und Szeneverhalten von Extremisten zu erkennen, um frühzeitig eingreifen zu können und Straftaten effektiv zu verfolgen.
- > die Initiative für ein von Bund und Ländern getragenes Gesamtkonzept gegen gewaltbereiten Extremismus ergreifen. Ein solches Konzept soll alle Facetten von Prävention bis zu repressiven Maßnahmen beinhalten und
- > einerseits das bundesweite Zusammenspiel im Kampf gegen Extremismus verbessern und andererseits den Verfolgungsdruck auf die gewaltbereiten Szenen merklich erhöhen.
- > uns im Wege einer Bundesratsinitiative für eine Föderalismuskommission III einsetzen. Sie soll sich vor allem um eine Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur sowie die Reform des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes kümmern. Wir wollen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund

Freie Demokraten

FDP

und den Ländern im Bereich der inneren Sicherheit der neuen Bedrohungs- und Sicherheitslage anpassen und klarer zuordnen sowie die Zahl von über 40 Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder reduzieren.

- > Ausländer, die aufgrund erheblicher Straftaten oder als terroristische Gefährder ihr Aufenthaltsrecht verloren haben, aber auch alle weiteren Ausreisepflichtigen konsequent abschieben und uns dafür einsetzen, dass die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer definiert werden.
- > LSBTI-feindliche Gewalttaten konsequent verfolgen und hierzu solche Straftaten als eigene Kategorie in der Kriminalstatistik erfassen. Die Polizei muss für dieses Thema nach außen und nach innen weiter sensibilisiert werden.
- > die bessere Vernetzung der Polizei über die Landesgrenzen fördern und uns für eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der gemeinsamen Zentren von Bund und Ländern (insbesondere GTAZ und GETZ) einsetzen und so den Informationsfluss zwischen Polizei und Nachrichtendiensten klar regeln.

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

In Freiheit und Sicherheit zusammenleben

Mit uns als grün-geführter Landesregierung ist Baden-Württemberg so sicher wie nie zuvor! In den vergangenen Jahren ist die Zahl der klassischen Kriminalitätsdelikte deutlich zurückgegangen – insbesondere bei Wohnungseinbrüchen. Wir haben unsere Sicherheitsbehörden sowie Spezialeinheiten für die Terrorismusabwehr gestärkt. Mit Städten, die besonders durch Kriminalität belastet sind, haben wir erfolgreich Sicherheitspartnerschaften abgeschlossen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Kriminalität ist auf dem niedrigsten Stand seit über 30 Jahren. Unser besonderer Dank und unser ganzer Respekt gilt den Polizist*innen sowie den Mitarbeitenden der Feuerwehr und der Rettungsdienste. Leider erfahren sie immer häufiger gewalttätige Übergriffe und Respektlosigkeit. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Die grün-geführte Landesregierung hat die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen, dass das Land Schmerzensgeldansprüche von Beamt*innen übernimmt, die Opfer von Gewalttaten wurden.



Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für ein freiheitliches Leben. Allerdings bringen gesetzgeberische Maßnahmen und planvolles Regierungshandeln allein nicht mehr Sicherheit: Dafür braucht es hoch motivierte und gut ausgebildete Polizist*innen.

Wir sind überzeugt: Ein humaner Rechtsstaat ist der entscheidende Garant für ein Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit. Es ist ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weiter gehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürger*innenrechte zu reagieren. Wir stehen dafür, die bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden. Wir setzen



auf Sicherheitsbehörden, die rechtsstaatlich handeln und gut ausgestattet sind. Deshalb haben wir die Polizei mit der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei gestärkt. Diesen Weg führen wir weiter. Gut ausgestattet heißt auch: Die Polizei muss aus technischer Sicht auf der Höhe der Zeit sein. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daher die Digitalisierung der Polizei weiter voranbringen. Daher wollen wir für schnelles Internet in jedem Polizeirevier sorgen, die Ausstattung mit mobilen Endgeräten verbessern und die Polizei bei der Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum stärken. Dazu gehört auch die Sensibilisierung im Umgang mit Cybercrime-Delikten. Die Bereitstellung zusätzlicher gefährlicher Waffen, wie z. B. Elektroschockpistolen, lehnen wir ab. Zudem wollen wir die zweigeteilte Laufbahn einführen.

Um die Polizeireform zu evaluieren, haben wir die Mitarbeiter*innen der Polizei befragt. Diese umfassende Basisbefragung war in dieser Form bislang einmalig und hat gezeigt: Basisbeteiligung ist unsere grüne Kernkompetenz. Die Rückmeldungen haben wir zum Anlass für Verbesserungen genommen. Im nächsten Schritt wollen wir einen Sicherheitsplan 3 auflegen, um die polizeilichen Einsatzkräfte entsprechend der Bevölkerungs- und Kriminalitätsschwerpunkte gerecht zu verteilen.

Eine bürgernahe Polizei ist auch Spiegelbild unserer vielfältigen und diversen Gesellschaft. Schon jetzt gehört Baden-Württemberg

zu den Bundesländern, die im Vergleich besonders viele Frauen im Polizeidienst haben. Wir haben viel dafür getan, dass auch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Polizeidienst eintreten. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt bis in die Führungspositionen widerspiegelt.

Polizist*innen üben einen sehr anspruchsvollen Beruf aus, bei dem sie häufig schwierigen Situationen ausgesetzt sind. Dabei muss es für Polizeibeamt*innen möglich sein, Fehler und Schwächen einzugestehen. Hierfür bedarf es einer funktionierenden Fehlerkultur mit entsprechenden Unterstützungsangeboten wie zum Beispiel Supervisionen. Außerdem wollen wir das psychosoziale Gesundheitsmanagement bei der Polizei verbessern.

Zu einem sicheren Baden-Württemberg gehören auch die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen. Wir werden sie weiterhin bei der Modernisierung und Beschaffung ihrer Ausstattung sowie bei einer hochwertigen Aus- und Weiterbildung unterstützen. Wir werden das freiwillige Engagement dieser Gruppe, aber auch vieler anderer Ehrenamtlicher mit einer Ehrenamtskarte honorieren. Als amtliches Dankeschön bekommen die Inhaber*innen einer solchen Karte Vergünstigungen, zum Beispiel beim Eintritt in Schwimmbäder oder Museen.

SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch:

Unser Dank gilt den Polizeibeschäftigten für ihren täglichen Einsatz

Wir vertrauen unserer Polizei.

Am Donnerstag, den 4. Februar 2021, traf sich der Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, mit dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der SPD, Andreas Stoch, und dem SPD-Generalsekretär Sascha Binder. Binder, auch Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion, war zu einem Austausch über sicherheitspolitische Themen und das Wahlprogramm der SPD gerne bereit.

Zu Beginn war es dem SPD-Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Baden-Württemberg wichtig, zum Ausdruck zu bringen, dass er, die Fraktion und

die Landespartei hinter der Polizei stünden und diese größtes Vertrauen genieße: „Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit der Polizei und wissen sehr zu schätzen, dass Sie sich alle jeden Tag für unsere Sicherheit einsetzen. Sie begegnen dabei vielen Problemlagen, die Gesellschaft und Politik zuvor nicht gelöst haben.“ Damit distanzierte er sich von der Bundesspitze und relativierte Aussagen der Bundesvorsitzenden Esken, die in den vergangenen Monaten mit ihren Äußerungen zur Polizei immer wieder Kritik der DPoIG auslöste.

Ebenso stellte Andreas Stoch seinen Dank an die Polizeibeschäftigten an den Beginn der

Diskussion über die künftige sicherheitspolitische Ausrichtung. „Der große Dank der SPD-Landtagsfraktion gilt der Polizei für ihre Leistung, insbesondere auch in der Pandemie. Wir wissen, dass diese Zeiten für die Polizeibeamt*innen in Baden-Württemberg wieder einmal mehr sehr belastend sind und sie sehr gefordert sind, die Einhaltung der Regelungen zu überprüfen.“

Im Stakkato setzten Stoch und Binder die „Big Points“ des Wahlprogramms:

- > gute Bedingungen für die Arbeit der Polizeibeamt*innen
- > Wertschätzung der Polizeiarbeit
- > gute Bezahlung

- > eine moderne Ausstattung, unter anderem ausreichend Smartphones
- > angemessene Zeiten zur Erholung
- > Abbau des Überstundenbergs
- > Erhöhung der Zulage für den lageorientierten Dienst
- > ausreichend Personal
- > die Personalentwicklung langfristig und mit Weitsicht ausrichten
- > vorausschauende Personalplanung, die sich nicht nach Kassenlage richtet
- > Laufbahnreform, die durchlässig ist
- > Gewalt gegen Polizeibeamt*innen bekämpfen

Bei dem intensiven Austausch machte der DPoIG-Chef Kusterer deutlich, dass man mit dem



> Andreas Stoch, Ralf Kusterer und Sascha Binder (von links)

damaligen Innenminister Gall nicht unzufrieden gewesen sei, jedoch die Polizeireform als größter Fehler mit ihm verbunden sei. Allerdings stellte Kusterer fest: „Die Verbindungen und der Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion war in den vergangenen Jahren sehr gut. Die Rede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden beim Landeskongress der

DPoIG, bei der sich die Grünen verweigerten, ist noch heute in bester Erinnerung. Auch weil darin Selbstkritik und Perspektive zu hören und zu sehen war.“

Bemerkenswert ist, dass im Wahlprogramm nicht mehr das Wort „zweigeteilte Laufbahn“ zu finden ist. Damit ist die SPD auf Linie der DPoIG, die andere strukturelle Verbesserungen

Erfolg versprechender bewertet. Bei dem offenen Gespräch warb Kusterer für einen schnelle Erhöhung des Eingangsamtes und den Bewährungsaufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst. Ebenso wie eine Evaluation der Bildungseinrichtungen, zukunftsfähige Ausrichtung des PTLSPol, Stärkung des LKA und Verbesserungen bei den Immobilien.

Zum Abschluss des Gesprächs bedankten sich Andreas Stoch und Sascha Binder für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der DPoIG, die man gerne nach der Wahl fortsetzen werde. „Wir danken Ihnen allen für Ihren Einsatz und Ihr Engagement für unser Land und die Sicherheit unserer Bürger*innen.“

DAS SPD-WAHLPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2021

SICHERES LAND

Sicherheit darf nicht nur eine Frage der Finanzierung sein, sondern ist auch die Aufgabe eines aktiven Staates. Ein handlungsfähiger Staat bekämpft Kriminalität effizient und sorgt dafür, dass bestehende Gesetze schnell vollzogen werden. Er baut für mehr Sicherheit die Prävention aus: Dazu gehört auch eine starke kommunale Kriminalprävention.

Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie und nutzen zum Kampf gegen Extremismus, Terror und Gewalt alle Mittel unseres Rechtsstaates.

Gewalt gegen Polizeibeamt*innen, Rettungskräfte und Angehörige der Feuerwehren verurteilen wir aufs Schärfste.

HANDLUNGSFÄHIGE POLIZEI

Polizeibeamt*innen setzen sich jeden Tag für unsere Sicherheit ein. Sie begegnen dabei vielen Problemlagen, die Gesellschaft und Politik zuvor nicht gelöst haben. Im Gegenzug ist es uns wichtig, dass Polizeibeamt*innen unter guten Bedingungen arbeiten können und so Wertschätzung erfahren. Dazu gehören eine gute Bezahlung, eine moderne Ausstattung, die erforderlichen technischen Hilfsmittel und angemessene Zeiten zur Erholung. Dazu gehört ausreichend Personal. Wir fordern die längst

überfällige Erhöhung der Zulage für den lageorientierten¹ Dienst der Polizei.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Personalentwicklung bei der Polizei langfristig und mit Weitsicht erfolgt. Pensionswellen sind absehbar und müssen bei der Personalplanung rechtzeitig berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine vorausschauende Personalplanung, die sich nach dem Bedarf und nicht nach Kassenlage richtet. Wir machen uns für eine Laufbahnreform stark, um die Durchlässigkeit bei der Polizei weiter auszubauen. So bleibt der Polizeiberuf attraktiv.

Den freiwilligen Polizeidienst lehnen wir ab, denn Polizist*innen müssen gut ausgebildet sein – egal auf welche Einsatzlage sie treffen. Das können nur hauptamtliche Kräfte leisten.

Wir begrüßen eine wissenschaftliche Studie des Bundes in Kooperation mit den Ländern zum Thema Racial Profiling² und möglichen rassistischen Tendenzen in der Polizei. Die Polizei muss das Vertrauen aller Bürger*innen genießen können. Wir stärken da-

¹ Dienst an Wochenenden und Feiertagen

² Menschen werden nur aufgrund äußerer Merkmale wie zum Beispiel Hautfarbe, vermeintliche Herkunft oder Religionszugehörigkeit verdächtigt. Deshalb werden sie ohne erkennbaren Anlass von der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden kontrolliert.





mit auch die Polizist*innen, die sich kritisch gegen solche möglichen Tendenzen stellen. Auf Basis der Ergebnisse werden wir weitere politische Maßnahmen treffen. Sollte auf Bundesebene keine entsprechende Studie zustande kommen, streben wir nach vorliegendem Vorschlag eine eigene Studie der Länder an.

Wir stehen für einen klaren rechtlichen Rahmen der Polizeiarbeit im Land. Nicht zuletzt, um unseren Polizist*innen Rechtssicherheit für ihr Handeln im Dienst zu geben. Die letzten beiden Neufassungen des baden-württembergischen Polizeigesetzes haben dazu nicht beigetragen – im Gegenteil. Deshalb wollen wir die Reformen von 2017 und 2020 rückgängig machen.

SICHER IM NETZ

Die Cybersicherheit wird mit der fortschreitenden Digitalisierung in allen Bereichen unseres Lebens immer wichtiger. Wir wollen eine Sicherheitsagentur gründen, die Zuständigkeiten für die Cybersicherheit ressortübergreifend bündelt. Nur so stellen wir sicher, dass die Cybersicherheit für die Landesverwaltung, landeseigene Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt verbessert werden kann.

Alle Informationen und Wahlprogramme sind unter folgendem Link zu finden:

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg (landtagswahl-bw.de)

Aus Platzgründen ist es uns leider nicht möglich, weitere Wahlprogramme abzdrukken.

Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern aber gerne die Seiten der Landeszentrale für politische Bildung. Dort findet man auch Parteien, deren Regierungsbeteiligung unwahrscheinlich ist.

Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Nachfolgend geben wir die Termine für unser beliebtes Seminar bekannt. Die Seminare finden unter strengen Hygienebestimmungen im bewährten Waldhotel Sommerberg in Obertal statt. Die Teilnehmerzahl ist zunächst auf 10, später auf 15 Teilnehmer begrenzt.

22. bis 23. März (10 freie Plätze) • 10. bis 11. Mai (4 freie Plätze) • 11. bis 12. Mai (4 freie Plätze) • 7. bis 8. Juni (8 freie Plätze) • 28. bis 29. Juni (9 freie Plätze) • 29. bis 30. Juni (8 freie Plätze) • 13. bis 14. September (15 freie Plätze) • 14. bis 15. September (15 freie Plätze) • 20. bis 21. September (15 freie Plätze) • 27. bis 28. September (15 freie Plätze)
Anmeldungen bitte an nachfolgende E-Mail-Adresse senden:

60Plus@dpolg-bw.de

Aufgrund der großen Nachfrage erfolgt eine Zusage nach Eingang der Anmeldung.

Wahlprüfsteine des Beamtenbundes

Der Beamtenbund Baden-Württemberg hat bei den Fraktionen angefragt und Wahlprüfsteine erstellt, die wir nachfolgend verkürzt wiedergeben. Die ausführliche Darstellung finden Sie unter <https://www.bbw.dbb.de/aktuelles/news/die-fraktionen-haben-farbe-bekannt-fakten-fuer-ihre-wahlentscheidung/>.

	Grüne	CDU	SPD	FDP
Verschlechterungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 korrigieren: • Reduzierung des Beihilfesatzes von 70 % auf 50 % • Verschlechterungen der Beihilfefähigkeit von zahntechnischen Leistungen	Nein	Ja	Ja	Ja
Die Absenkung der Einkünftegrenze für beihilfeberechtigte Ehe- und Lebenspartner wurde auf 20 000 Euro der Bruttorente angehoben. Das ist gegenüber dem steuerlichen Begriff des Ertragsanteils der Rente eine Verschlechterung. Wir ändern das?	Nein	Ja	Ja	Ja
Bayern, Sachsen und auch der Bund haben die Mütterrente im Beamtenbereich eingeführt. Möchten Sie das auch?	Nein	Ja	Ja	Nein
Die Tarifergebnisse TV-L werden wir 1:1 auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen?	Nein	Ja	Ja	Ja
Reduzierung der 41-Stunden-Woche	Nein	Nein	Ja	Ja
Einführung von Lebensarbeitszeitkonten?	Ja	Ja	Ja	Ja
Netzausbau, schnelles Internet landesweit, die notwendige technische Ausstattung samt Vernetzung in allen Behörden	Ja	Ja	Ja	Ja
Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte – diese Entwicklung muss gestoppt werden. • Dokumentationspflicht aller Gewaltvorfälle • aussagekräftige Lagebilder für die Ressorts/Landesverwaltung • strafrechtliche Konsequenzen: jedes Delikt, auch jeder verbale Angriff muss von der Dienststelle/vom Arbeitgeber zur Anzeige gebracht und gerichtlich verfolgt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja
Beibehaltung der privaten Krankenversicherung anstatt Bürgerversicherung (gegebenenfalls teilweise)	Nein	Ja	Nein	Ja
Tarifliche Beschäftigung muss grundsätzlich unbefristet erfolgen, befristete Verträge müssen entfristet werden	Ja	Ja	Ja	Ja